

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 50

DIENSTAG, DEN 30. JUNI

2015

Inhalt:

	Seite		Seite
Sitzungen der Bürgerschaft.....	1061	Ungültigkeitserklärung einer gelben Waffenbesitzkarte	1062
Bestellung gemäß § 8 Absatz 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes.....	1061	Ungültigkeitserklärung eines Jagdscheines.....	1062
Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.....	1061	Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die italienische Sprache.....	1062
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.....	1062	Entwidmung einer öffentlichen Wegefläche.....	1062
Ungültigkeitserklärung einer gelben Waffenbesitzkarte	1062	Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung.....	1062
Ungültigkeitserklärung einer gelben Waffenbesitzkarte	1062	Friedhofsgebührensatzung der Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Johannis zu Neuengamme.....	1063
		Verzeichnis der zur Abgabe von Verpflichtungserklärungen berechtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) – Körperschaft des öffentlichen Rechts.....	1063

BEKANNTMACHUNGEN

Sitzungen der Bürgerschaft

Die nächsten Sitzungen der Bürgerschaft finden am Mittwoch, dem 8. Juli 2015, um 15.00 Uhr und am Donnerstag, dem 9. Juli 2015, um 15.00 Uhr statt.

Hamburg, den 30. Juni 2015

Die Bürgerschaftskanzlei

Amtl. Anz. S. 1061

Bestellung gemäß § 8 Absatz 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes

Herr Peter Moldenhauer ist gemäß § 8 Absatz 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger des Kehrbezirkes 315 im Bereich des Bezirkes Eimsbüttel mit Wirkung zum 1. Juli 2015 (befristet auf sieben Jahre) bestellt worden.

Hamburg, den 17. Juni 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 1061

Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Firma Steinway & Sons Hamburg hat bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – eine Genehmigung nach

§ 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die Errichtung und den Betrieb einer Energiezentrale bestehend aus drei Verbrennungsmotoranlagen (BHKW), einer Gaskesselanlage sowie einer Holzhackschnitzel-Kesselanlage mit einer Feuerungswärmeleistung von insgesamt etwa 2,7 MW und damit für die Errichtung und den Betrieb einer „Anlage zur Erzeugung von Strom, Dampf, Warmwasser, Prozesswärme oder erhitztem Abgas“ (Nummern 1.2.1, 1.2.3.1 und 1.2.3.2 des Anhangs der 4. Verordnung zum BImSchG) auf dem Grundstück Rondenbarg 10-12 in Hamburg-Altona beantragt.

Die Errichtung und der Betrieb stellt ein Vorhaben nach den Nummern 1.2.1 Spalte 2 Buchstabe S, 1.2.3.1 Spalte 2 Buchstabe S sowie 1.2.3.2 Spalte 2 Buchstabe S der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) dar. Nach der gemäß § 3 c Satz 2 UVPG vorgenommenen standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben. Die Begründung der Feststellung, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Hamburg, den 23. Juni 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 1061

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburg Port Authority hat bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Rechtsamt, Planfeststellungsbehörde, die förmliche Zulassung für das Bauvorhaben „Neubau Stellwerk Whm“ beantragt.

Dieses Vorhaben stellt eine Baumaßnahme nach Nummer 14.7 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) dar. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Es kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVPG bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären.

Hamburg, den 15. Juni 2015

**Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
als Planfeststellungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 1062

Ungültigkeitserklärung einer gelben Waffenbesitzkarte

Die durch das Polizeipräsidium Recklinghausen am 19. Mai 1993 erteilte gelbe Waffenbesitzkarte für Sportschützen mit der Dokumentennummer H 10/93-1R des Herrn Markus Heitkamp, geboren am 29. April 1969 in Waltrop, wohnhaft Kentzlerdamm 8, 20537 Hamburg, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Hamburg, den 9. Juni 2015

**Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –**

Amtl. Anz. S. 1062

Ungültigkeitserklärung einer gelben Waffenbesitzkarte

Die durch die Stadt Hamburg, Waffenbehörde – J 4 –, vorher Ortsamt Fuhlsbüttel, am 23. April 1985 erteilte gelbe Waffenbesitzkarte für Sportschützen mit der Dokumentennummer 1820/85 des Herrn Manfred Bäcker, geboren am 23. Februar 1943 in Berlin, wohnhaft Haubenlerchenweg 9, 22399 Hamburg, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Hamburg, den 12. Juni 2015

**Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –**

Amtl. Anz. S. 1062

Ungültigkeitserklärung einer gelben Waffenbesitzkarte

Die durch den Landkreis Lüneburg am 13. Juni 2000 erteilte gelbe Waffenbesitzkarte für Sportschützen mit der Dokumentennummer 5/100/1 des Herrn Wolfgang Meyer, geboren am 21. Februar 1961 in Lüneburg, wohnhaft Pamir-

weg 37, 21129 Hamburg, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Hamburg, den 19. Juni 2015

**Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –**

Amtl. Anz. S. 1062

Ungültigkeitserklärung eines Jagdscheines

Der durch die Stadt Hamburg, Waffenbehörde – J 4 –, am 6. Januar 2015 erteilte Jagdschein mit der Dokumentennummer 74950 des Herrn Andreas Renner, geboren am 15. September 1964 in Hemmendorf, verstorben am 19. Januar 2015, zuletzt wohnhaft gewesen Stübeheide 93a, 22337 Hamburg, ist unauffindbar und wird hiermit für ungültig erklärt.

Hamburg, den 12. Juni 2015

**Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –**

Amtl. Anz. S. 1062

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die italienische Sprache

Frau Marina Bello Biedermann, geboren am 27. März 1965 in Turin, wohnhaft Oberstraße 62, 20144 Hamburg, ist am 18. Juni 2015 zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die italienische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 22. Juni 2015

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 1062

Entwidmung einer öffentlichen Wegefläche

Nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (Hmb-GVBl. S. 41, 83) wird im Bezirk Altona, Gemarkung Otten- sen, Ortsteil 215, im Amalia-Rodrigues-Weg die etwa 39 m² große Wegefläche (Flurstück 5057-1) mit sofortiger Wirkung als für den öffentlichen Verkehr entbehrlich entwidmet.

Hamburg, den 9. Juni 2015

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 1062

Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung

Die Handelskammer Hamburg stellt mit dieser Bekanntmachung ein Schriftstück (Bescheid vom 28. Mai 2015, Aktenzeichen GIX/2/VJ/PF215; Nichtzulassung zu der Abschlussprüfung im Ausbildungsberuf Gleisbauer/-in, Prüfungsdurchgang Sommer 2015) an den Herrn Philip Fiedler, letzte bekannte Anschrift: Radbrucher Weg 11, 21357 Bardowick, gemäß § 1 Absatz 1 des Hamburgischen Verwaltungszustellungsgesetzes in Verbindung mit § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes öffentlich zu. Wegen der nicht zu ermittelnden Anschrift des vorgenannten Adressaten ist eine Zustellung auf andere Art nicht möglich. Das Schriftstück kann in der Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1, Raum 108 (I. Etage), 20457 Hamburg, während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden. Durch diese Bekanntmachung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste eintreten können.

Hamburg, den 24. Juni 2015

Handelskammer Hamburg

Amtl. Anz. S. 1062

Friedhofsgebührensatzung der Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Johannis zu Neuengamme

Der Kirchengemeinderat der Ev.-luth. Kirchengemeinde St. Johannis zu Neuengamme hat am 21.04.2015 eine neue Friedhofsgebührensatzung beschlossen. Diese wurde durch den Kirchenkreisrat des Ev.-luth. Kirchenkreises Hamburg-Ost am 18.05.2015 kirchenaufsichtlich genehmigt.

Die Satzung ist im Internet unter der Adresse: www.kirche-neuengamme.de dauerhaft zur Einsichtnahme

bereitgestellt worden. Ferner kann die Satzung während der Öffnungszeiten im Büro der Friedhofsverwaltung, Feldstegel 18, 21039 Hamburg, eingesehen werden.

Die Friedhofsgebührensatzung tritt am Tage nach dieser Bekanntmachung in Kraft.

Hamburg, den 23. Juni 2015

**Ev.-luth. Kirchengemeinde
St. Johannis zu Neuengamme**

Amtl. Anz. S. 1063

Verzeichnis der zur Abgabe von Verpflichtungserklärungen berechtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) – Körperschaft des öffentlichen Rechts –

Nach § 11 Absätze 5 und 6 des Gesetzes zur Errichtung der Körperschaft „Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf“ (UKEG) vom 12. September 2001 (HmbGVBl. S. 375), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Juni 2010 (HmbGVBl. S. 425), bedürfen Erklärungen, durch die das UKE privatrechtlich verpflichtet werden soll, der Schriftform und gemäß § 5 Absatz 1 der Satzung des UKE vom 25. Juni 2002 (HmbGVBl. S. 115), zuletzt geändert durch Satzung vom

27. März 2015 (Amtl. Anz. Nr. 25 S. 661), der Unterschrift von zwei Mitgliedern des Vorstandes.

Der Vorstand kann die Vertretung so regeln, dass neben einem Vorstandsmitglied eine sonstige Mitarbeiterin bzw. ein sonstiger Mitarbeiter oder zwei sonstige Mitarbeiterinnen bzw. sonstige Mitarbeiter gemeinsam zeichnen können.

Der Vorstand hat den nachstehend namentlich genannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Vertretungs- und Zeichnungsbefugnisse zur Abgabe rechtsverbindlicher Erklärungen für die genannten Geschäftsbereiche und mit den jeweiligen Einschränkungen erteilt.

Darüber hinaus hat der Vorstand beschlossen, dass der Abschluss von Behandlungsverträgen und Wahlleistungsvereinbarungen sowie von Nutzungsverträgen für die Kommunikations-Plattform „Epnnet“ im Sinne von § 5 Absatz 3 bzw. 4 der Satzung nur jeweils einer Unterschrift bedürfen.

Name, Vorname	Geschäftsbereich
Petterson, Sven Wille, Friedricke	Ärztliche Zentralbibliothek Abschluss von Verträgen (ausgenommen Arbeits- und Drittmittelverträgen) bis jeweils maximal 100 000,- Euro
Ferenczi, Mark Siebener, Diana	Zentrum für Operative Medizin Zentrum für Diagnostik (ohne Pathologie) Generalvollmacht für den jeweils zu verantwortenden Geschäftsbereich zur Vornahme von Rechtsgeschäften und Rechtshandlungen für den Vorstand, soweit diese nach den gesetzlichen Bestimmungen vorgenommen werden können und bei denen das Gesetz eine ständige Vertretung gestattet.
Ludewig, Theresa Anna	Strategischer Einkauf Abschluss von Verträgen (ausgenommen Arbeits- und Drittmittelverträgen) bis jeweils maximal 500 000,- Euro
Kenkel, Stephan Lepper, Astrid Schöler, Sandra	UKE sowie Universitäres Herzzentrum Hamburg GmbH (UHZ) Abschluss von Wahlleistungsvereinbarungen/Behandlungsverträgen
Heydecke, Prof. Dr. Guido Seedorf, Priv.-Doz. Dr. Hartwig Esken, Joachim	UKE Zentrum für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, Poliklinik für Zahnärztliche Prothetik Abschluss von Heil- und Kostenplänen für Zahnersatz, Zahnbehandlung und Implantologie, Mehrkostenvereinbarung, Vereinbarung (z. B. für abweichende Gebührenhöhe oder außervertragliche Leistungen), Erneuerungen, Änderungen vor vorgenannten Vereinbarungen oder HKP
Platzer, Prof. Dr. Ursula Nergiz, Prof. Dr. Ibrahim Schiffner, Prof. Dr. Ulrich	UKE Zentrum für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, Poliklinik für Zahnerhaltung und Präventive Zahnheilkunde Abschluss von Heil- und Kostenplänen, Zusatzvereinbarungen für Leistungen privater Zuzahlung (Mehrkostenvereinbarung)

Folgende Vertretungsbefugnisse für das UKE werden hiermit widerrufen: Ulrike Buchholz, Dr. Andreas Eckmann, Inge Zimmermann, Katrin Benn, Hans Wirsig, Dr. Andreas Frings, Dr. Santa Heede, Dr. Steffen Jung, Dr. Julian Holzhüter.

Ab dem 1. Juli 2015: Susanne Quante, Melani von Meer.

Folgende Vertretungsbefugnisse für die Klinik Logistik Eppendorf GmbH (KLE ein Unternehmen des UKE) werden hiermit widerrufen: Anna Theresa Ludewig.

Hamburg, den 16. Juni 2015

**Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE)
– Körperschaft des öffentlichen Rechts –**

Amtl. Anz. S. 1063

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 15 A 0201

- a) Öffentlicher Auftragnehmer (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40/42842-200,
Telefax: + 49 (0)40/42792-1200
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren: Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **15 A 0201**, Maßnahme: 61201K1301
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
kein elektronisches Vergabeverfahren
- d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- e) Ort der Ausführung:
Bundespolizeiinspektion Hamburg,
Wilsonstraße 49-53 b, 22045 Hamburg
(ehemals Jenfelder Allee 70 a)
- f) Art und Umfang der Leistung:
Erweiterte Rohbauarbeiten
- 30 m² Staubschutzwände
 - 150 m² Abdeckung Fußboden
 - 9 Stück Abbruch Holz- und Stahltüren einschließlich Zargen
 - 100 m² Abbruch Fußbodenbelag PVC/Linoleum
 - 15 Stück Wand- und Deckendurchbrüche in unterschiedlichen Abmessungen
 - 55 Stück Kernbohrungen in unterschiedlichen Abmessungen
 - 1 Stück Stahltür T30 mit Zarge
 - 7 Stück Türzargen beiputzen
 - Türöffnung schließen, Kabelschlitze schließen, Estrich ausbessern
- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden: Neiny
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfristen:
Beginn der Ausführung: 14. September 2015
Fertigstellung der Leistung: 11. November 2015
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle@bba.hamburg.de
Bewerbungsschluss: 9. Juli 2015
Versand der Verdingungsunterlagen: 15. Juli 2015
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: 5,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1027210333, BLZ: 20050550,
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE22 200505501027210333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 15 A 0201

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
4. August 2015, 10.00 Uhr
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 4. September 2015

- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de
Hamburg, den 23. Juni 2015
**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

512

Öffentliche Ausschreibung
Vergabenummer: 15 A 0202

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40/4 28 42 - 200,
Telefax: + 49 (0)40/4 27 92 - 1200
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren: Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **15 A 0202**, Maßnahme: 61201K1301
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
kein elektronisches Vergabeverfahren
- d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- e) Ort der Ausführung:
Bundespolizeiinspektion Hamburg,
Wilsonstraße 49-53 b, 22045 Hamburg
(ehemals Jenfelder Allee 70 a)
- f) Art und Umfang der Leistung:
Tischlerarbeiten
– 5 Stück Rollos demontieren, zwischenlagern und wieder montieren
– 1 Stück Tresen mit Durchgang, Holzkonstruktion, L = 2,70 m, herstellen und einbauen
– 4 Stück Holztüren T30 furniert, einschließlich Stahl-U-Zarge
– 2 Stück Holztüren T30 mit HPL-Platten, einschließlich Stahl-U-Zarge
– 45 m Fußleisten, Kiefer grundiert
- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfristen:
Beginn der Ausführung: 14. September 2015
Fertigstellung der Leistung: 11. November 2015
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle@bba.hamburg.de
Bewerbungsschluss: 10. Juli 2015
Versand der Verdingungsunterlagen: 16. Juli 2015
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: 5,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,

Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333
BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 15 A 0202

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
5. August 2015, 10.00 Uhr
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 7. September 2015
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de
Hamburg, den 23. Juni 2015
**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –** 513

Öffentliche Ausschreibung**Vergabenummer: 15 A 0203**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49(0)40/4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49(0)40/4 27 92 - 12 00
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren: Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **15 A 0203**, Maßnahme: 61201K1301
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
kein elektronisches Vergabeverfahren
- d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- e) Ort der Ausführung:
Bundespolizeiinspektion Hamburg,
Wilsonstraße 49-53 b, 22045 Hamburg
(ehemals Jenfelder Allee 70 a)
- f) Art und Umfang der Leistung:
Trockenbauarbeiten
– 45 m² Rasterdecken, Mineralplatten, 62,5/62,5 cm
– 20 m GK-Rohrkästen, Abmessungen 35/25 cm bis 65/35 cm
– 10 m² GK-Wand F90
– 35 m² GK-Schachtwände F90
– diverse Ausschnitte, Wanddurchbrüche, Revisionstüren, Verstärkungen für Deckenleuchten, Eckschutzschienen
- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfristen:
Beginn der Ausführung: 13. Oktober 2015
Fertigstellung der Leistung: 20. Oktober 2015
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle@bba.hamburg.de
Bewerbungsschluss: 13. Juli 2015
Versand der Verdingungsunterlagen: 17. Juli 2015
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: 5,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1027 210 333, BLZ: 200 505 50,

Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 15 A 0203

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
6. August 2015, 10.00 Uhr
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 7. September 2015
- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de
Hamburg, den 23. Juni 2015
**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

514

Öffentliche Ausschreibung**Vergabenummer: 15 A 0204**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49(0)40/4 28 42 - 200,
Telefax: + 49(0)40/4 27 92 - 1200
E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren: Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: **15 A 0204**, Maßnahme: 61201K1301
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
kein elektronisches Vergabeverfahren
- d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- e) Ort der Ausführung:
Bundespolizeiinspektion Hamburg,
Wilsonstraße 49-53 b, 22045 Hamburg
(ehemals Jenfelder Allee 70 a)
- f) Art und Umfang der Leistung:
Malerarbeiten
– 665 m² Wand- und Deckenflächen spachteln Q3
– 475 m² Wand- und Deckenflächen-Anstrich mit Kunststoffdispersion
– 190 m² Wandflächen Anstrich säurebeständig
– 6 Stück Stahl-U-Zargen lackieren
– 1 Stück Stahltür mit Eckzarge lackieren
– 30 m² Heizkörper Überholungsanstrich
– 85 m² Bodenfläche kugelstrahlen
– 85 m² Höhenausgleich Bodenfläche bis 2 mm
– 85 m² Epoxidharz-Beschichtung säurebeständig, flüssigkeitsdicht, rutschhemmend R9, antistatisch
– 65 m Hohlkehle im System der Bodenbeschichtung
- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfristen:
Beginn der Ausführung: 21. Oktober 2015
Fertigstellung der Leistung: 3. November 2015
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle@bba.hamburg.de
Bewerbungsschluss: 14. Juli 2015
Versand der Vergabeunterlagen: 20. Juli 2015
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: 5,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung

Empfänger: siehe Buchstabe a)

Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,

Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Vergabeunterlagen 15 A 0204

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:

Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:

Deutsch

q) Angebotseröffnung:

7. August 2015, 10.00 Uhr

Ort: siehe Buchstabe a)

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:

Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

s) Entfällt

t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 7. September 2015

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/42842-450

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de

Hamburg, den 23. Juni 2015

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

515

Öffentliche Ausschreibung

- a) Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, ABH 44 – Hochbaudienststelle –, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Telefax: 040/42731-0527
 - b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
 - c) Die Vergabeunterlagen werden auf CD an Sie versandt. Auf Nachfrage besteht die Möglichkeit, Ihnen die Unterlagen – gegen Erstattung eines erhöhten Kostenbeitrags in Höhe von insgesamt 10,- Euro auch in Papierform (Angebotsheftung) zu übersenden. In diesem Fall überweisen Sie bitte den erhöhten Kostenbeitrag. Die Abgabe des Angebots hat weiterhin ausschließlich in Papierform zu erfolgen, wir bitten Sie aber, Ihr bepreistes Leistungsverzeichnis zusätzlich als Angebotsdatei (d84, p84 oder x84) beizufügen.
 - d) **Putzarbeiten**
 - e) Planetarium Hamburg, Otto-Wels-Straße 1, 22303 Hamburg
 - f) Vergabenummer: **ÖA-ABH4-087/15**
 - Gipsmaschinenputz Neubau erstellen (Wände, Laibungen, Stützen, Decken) inkl. aller Nebenarbeiten.
 - Kalkzementputz Neubau erstellen (Wände, Laibungen, Stützen, Brüstungen) inkl. aller Nebenarbeiten.
 - Sanierungsarbeiten Altbau erstellen, Gipsputz (Wände, Laibungen, Stützen) inkl. aller Nebenarbeiten.
 - Wandschlitze, Wanddurchbrüche nachträglich schließen.
- Gesamtmenge bzw. -umfang:
- Gipsmaschinenputz (Wände, Stützen, Laibungen): 555 m².
 - Gipsmaschinenputz (Decke Neubau): 90 m². Kalkzementputz (Wände, Stützen, Laibungen): 120 m². Kalkzementputz (Decke Neubau): 20 m² Sanierungsputz, Gipsputz: 355 m².
 - Wandschlitze nachträglich schließen: 160 m. Wanddurchbrüche nachträglich verputzen: 65 Stück.

g) entfällt

h) keine Lose vorgesehen

i) Beginn: ca. April 2016
Ende: ca. Mai 2016

j) Nebenangebote sind zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme:

Vom 26. Juni 2015 bis 14. Juli 2015, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
RB/ZVA, Zimmer E 01.272,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: 040/42731-0527

l) Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20,
IBAN DE50 2001 0020 0375 2022 05,
BIC PBNKDEFF200 Hamburg,
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 21. Juli 2015, 9.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E 01.421,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 21. Juli 2015 um 9.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o)

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) Siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 20. Oktober 2015.

w) Beschwerdestelle:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Amtsleiter – ABH – L,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: 040/42794-0135

Hamburg, den 24. Juni 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 516

Öffentlicher Teilnahmewettbewerb

a) Öffentlicher Auftraggeber:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Landes- und Landschaftsplanung,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefon: 040/42840-8236

- b) Öffentlicher Teilnahmewettbewerb
Vergabenummer: **ÖT LP1 232/15**

c) Art des Auftrags:
**Gutachten zur Aktualisierung des
Hamburger Zentrenkonzepts**

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt beabsichtigt das Hamburger Zentrenkonzept, seit 1973 eine der Grundlage des Flächennutzungsplans, zu aktualisieren. Das Standortsystem ist jedoch seither nicht methodisch überprüft und neuen Herausforderungen der Stadtentwicklung angepasst worden.

Als dicht bebaute,utzungsgemischte Räume sind Zentren, neben ihrer Bedeutung für die Versorgung, Träger des urbanen Charakters der Stadt und wichtige Ausgangspunkte räumlicher Entwicklungen. Eine grundlegende Aktualisierung des Zentrumsystems muss insbesondere der wachsenden Bedeutung der Wohnfunktion in den Zentren und ihrer Rolle als Lebensmittelpunkte in den Quartieren gerecht werden.

Das Hamburger Zentrenkonzept soll in einer integrieren, alle Funktionen der Zentren gleichermaßen erfassenden Betrachtung, inhaltlich aktualisiert und ertüchtigt werden. Die Bearbeitung muss sich vom Thema Einzelhandel als Ausgangs- und Schwerpunkt der Betrachtung lösen und vielmehr die Auseinandersetzung mit der zukünftigen Rolle der Zentren für die Stadtentwicklung in den Mittelpunkt stellen.

Der Charakter dieser Ausschreibung ist daher der eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts, nicht der eines Einzelhandelskonzepts.

Im Rahmen einer umfassenden Analyse sollen Potenziale und Handlungserfordernisse herausgearbeitet und die Zentren gemäß ihren Rollen für die Stadt als „Raumtypen“ charakterisiert werden. Darauf aufbauend sind die folgenden zentralen Produkte zu erstellen:

- 1) Aktualisierung des Hamburger Zentrenkonzepts
 - Entwicklung von Profilen der einzelnen Zentren (Bewertung der Leistungsfähigkeit und Potenziale der Zentren im Hinblick auf die gesamtstädtischen Entwicklungsziele der Stadtentwicklung).
 - Ableitung der zentralen Ziele, Handlungsbedarfe und Entwicklungschancen für die Zentren aus gesamtstädtischer Sicht (Entwicklungsstrategie).
 - Aktualisierung und Weiterentwicklung des Hamburger Zentrumsystems als hierarchisches Standortsystem, verbunden mit einer kritischen Überprüfung der bisherigen Zentrenhierarchie und der damit verbundenen Aufgaben.
 - Zusammenfassung des aktualisierten Hamburger Zentrenkonzepts in einer an Politik, Öffentlichkeit und Wirtschaft gerichtete Broschüre.
- 2) Vorschlag zur Umsetzung des Zentrumsystems in den Hamburger Flächennutzungsplan
 - Vorschlags für eine Änderung, Ergänzung bzw. Präzisierung der Darstellungen des FNP und des Erläuterungsberichts.
 - Rechtssichere Herleitung des aktualisierten Standortsystems, als Grundlage für Vorhabenbewertungen und die Bebauungsplanung.

Anforderungen an den Gutachter:

Für die notwendige integrierte planerische Betrachtung werden insbesondere Gutachter mit einschlägigen Kompetenzen und Erfahrungen im Bereich fachlich übergreifender Fragestellungen der Stadtentwicklung im gesamtstädtischen Zusammenhang gesucht. Vergleich-

bare Referenzprojekte im großstädtischen Kontext sind von Vorteil.

Für die Bewertung der Versorgungsfunktion der Zentren sind Erfahrungen mit großstädtischen Einzelhandelskonzepten von Vorteil.

Aufgrund des breiten thematischen Aufgabenspektrums erscheint aus Sicht des Auftraggebers die Bearbeitung als Bürogemeinschaft sinnvoll. Die Bewerbung von Bietergemeinschaften wird daher ausdrücklich zugelassen.

Hinweis zur Bearbeitung:

Die Hamburger Bezirksämter erarbeiten parallel Nahversorgungskonzepte mit einem Schwerpunkt auf der Betrachtung des Einzelhandels. Im Rahmen der Beauftragung des Zentrenkonzepts sind daher bestehende Schnittstellen zu beachten. Insbesondere im Bereich empirischer Grundlagen ist eine enge Zusammenarbeit mit den von den Bezirksämtern beauftragten Gutachtern erforderlich und Bestandteil einer Beauftragung.

- d) Ausführungsfrist: ca. 9 Monate
(Auftragserteilung vorgesehen für September 2015)
 - e) Einsendetermin für Teilnahmeanträge:
14. Juli 2015 um 10.30 Uhr
 - f) Teilnahmeanträge sind unter Angabe der Vergabenummer **ÖT LP1 232/15** zu richten an:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Zentrale Vergabeaufsicht –
Eröffnungsstelle – Zimmer E 1.421,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
 - g) Die Angebotsanforderungen werden spätestens abgesandt in der 31. Kalenderwoche.
 - h) Mit den Teilnahmeanträgen sind folgende Eignungsnachweise einzureichen:
 1. Fachliche Eignung (gemäß § 5 Absatz 5 VOF):
 - 1.1 Personelle Ausstattung:
 - Anzahl und Qualifikation der fest angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
 - Anzahl und Qualifikation der für die Auftragsbearbeitung vorgesehenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
 - 1.2 Erbrachte vergleichbare Leistungen
Detaillierte Angaben über in den letzten Jahren nach Art, Umfang und Schwierigkeitsgrad erbrachte vergleichbare Leistungen, insbesondere:
 - Auftraggeber,
 - detaillierte Aufstellung der erbrachten Leistungen,
 - Zeitraum der Leistungserbringung.
- Eignungskriterien zu 1.:
- Mindestens zwei für die Auftragsbearbeitung vorgesehene Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter mit Qualifikation im Bereich Stadtentwicklung oder Stadtplanung.
 - Mindestens eine in den letzten Jahren nach Art, Umfang und Schwierigkeitsgrad erbrachte vergleichbare Leistungen.
2. Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (gemäß § 5 Absatz 4 VOF) (Nachweise durch Eigen-erklärungen)
 - 2.1 Angaben zu Unternehmen/Bietergemeinschaft:
 - Unternehmensform und -größe,

- Anzahl und Qualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- bestehende Geschäftsfelder.

2.2 Umsätze des Unternehmens/der Bietergemeinschaft

- Gesamtumsätze im vergangenen Jahr

Eignungskriterium zu 2.:

- Gesamtumsätze des Unternehmens/der Bietergemeinschaft im vergangenen Jahr von mindestens 180.000,- Euro.
- ## 3. Weitere erforderliche Nachweise zur Eignung
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes
 - Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregisterauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als drei Monate, beizubringen.
 - Nachweis des Bestehens einer Berufshaftpflichtversicherung mit einem Versicherungsschutz i. H. v. 1.500.000,- Euro für Personenschäden und 200.000,- Euro für sonstige Schäden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Bei Bewerbergemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied bestehen.
 - Formlose Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Absatz 6 und Absatz 9 VOF vorliegen.

4. Nachweise für Bietergemeinschaften:

- Besteht die Absicht, sich zur Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z.B. durch Unteraufträge oder Bietergemeinschaft), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, die oben geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen.
- Gemeinschaftliche Bieter haben zudem mit der Bewerbung eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben,
 - in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind, und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Hinweise:

- Eine Nachreichung von Nachweisen ist innerhalb einer Frist von 6 Tagen nach Aufforderung möglich.
- Teilnehmer, die die dargelegten Mindestnachweise nicht erbringen, werden vom Verfahren ausgeschlossen.
- Es ist vorgesehen, mindestens drei Teilnehmer zu Angeboten aufzufordern.

i) Zuschlagskriterien:

Die Zuschlagskriterien und ihre Gewichtung werden mit den Aufforderungen zur Abgabe von Angeboten verschickt.

Hamburg, den 24. Juni 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 517

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von Frau Kirsten Spann

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Grundsanierung der Stadtteilschule Bergedorf am Standort Ladenbeker Weg 13, Hamburg – Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde SBH von der BSB mit der Sanierung des Klassengebäudes 2 (auch „Gelbes Haus“ genannt) sowie mit dem Abriss des ehemaligen Klassengebäudes 1 (auch „Blaues Haus“ genannt) am Standort Ladenbeker Weg 13 in Hamburg beauftragt.

Die Stadtteilschule Bergedorf liegt im Osten von Hamburg im Bezirk Bergedorf. Der Gesamtstandort umfasst derzeit 9 Gebäude auf einem ca. 38.900 m² großen Grundstück mit Sport- und Grünanlagen. Neben dem zu sanierenden „Gelben Haus“ verfügt die Stadtteilschule über ein Eingangszentrum inkl. Produktionsküche und Mensa, ein Oberstufenhaus, ein abgängiges Doppel-H-Gebäude, eine Dreifeld-Sporthalle, ein freistehendes Fachklassengebäude, zwei verbundene Fachklassengebäude, sowie einen Klassenhäus-Neubau, der im Sommer 2015 übergeben wird.

Das zu sanierende „Gelbe Haus“ ist ein Doppel-H-Typenbau und wurde 1972-1974 errichtet. Bei dem Objekt handelt es sich um ein dreigeschossiges Gebäude mit einer Teilunterkellerung für die Technikräume und Hausmeisterwerkstatt. Das Doppel-H-Gebäude mit einer Nettogrundfläche von 3.150 m² bildet einen Innenhof, in dem sich derzeit noch der Schul-Zoo befindet. Die Umsetzung soll während des laufenden Schulbetriebs erfolgen. Das Klassengebäude wird voraussichtlich während der Baumaßnahme nicht schulisch genutzt. Maßgeblich muss jedoch die Baustelleneinrichtung und Verkehrsführung auf dem gesamten Schulgelände berücksichtigt werden. Im Kellergeschoss des zu sanierenden Gebäudes befindet sich die Heizungszentrale des gesamten Standortes. Der Betrieb dieser Anlage muss während der Bauarbeiten gewährleistet bleiben.

Für die Umsetzung dieser Sanierungsmaßnahme ist ein Budget von 4,7 Mio. Euro brutto (gem. DIN 276 Kostengruppe 200-700) vorgesehen. Der Betrag ist als Kostenobergrenze zu verstehen und wird Bestandteil des Vertrages. Der Baubeginn ist für September 2016, die Baufertigstellung ist für die Sommerferien 2018 geplant. Bei der Planung

und Ausführung ist zu berücksichtigen, dass die Schulleitung über SBH mit in den Planungsprozess einbezogen wird.

Das abzubrechende „Blaue Haus“ ist ebenfalls ein Doppel-H-Typenbau und fast identisch mit dem „Gelben Haus“. Abweichend ist bei diesem Gebäude das Untergeschoss als Bunker ausgebildet. Der Abriss des „Blaues Hauses“ steht in unmittelbarer Beziehung zu der Sanierung des „Gelben Hauses“, da die Schüler übergangslos aus dem „Blaues Haus“ in das fertig sanierte „Gelbe Haus“ umgelegt werden sollen. Die Nettogrundfläche des „Blaues Hauses“ beträgt 2.864 m². Für die Umsetzung dieser Abrissmaßnahme ist ein Budget von 286.000 Euro brutto (gem. DIN 276 Kostengruppe 200-700) vorgesehen. Der Betrag ist als Kostenobergrenze zu verstehen und wird Bestandteil des Vertrages.

Der Beginn der Abrissmaßnahme ist für die Sommerferien 2018, die Fertigstellung ist bis Herbst 2018 geplant. Im Zuge der Sanierung sollen die Maßnahmen an weiteren Gebäuden am Standort als jeweils einzelne, optional und stufenweise zu beauftragende Bausteine in den Vertrag aufgenommen werden. Diese Maßnahmen betreffen das Oberstufenhaus (bis 2020 fertigzustellen), das freistehende Fachklassengebäude „Rotes Haus“ (bis 2020 fertigzustellen) sowie die beiden verbundenen Fachklassengebäude „Oranges Haus“ (bis 2021 fertigzustellen).

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

Sanierung „Gelbes Haus“

- Leistungsphase 2 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI;
- Leistungsphasen 3 bis 8 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Abriss „blaues Haus“

- Besondere Leistungen des Abrisses der Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Sanierung „Rotes Haus, „Oranges Haus“ und „Oberstufenhaus“

- Leistungsphasen 2 bis 8 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Die Schulleitung nimmt ggf. in beratender Funktion an den Angebotsverhandlungen teil. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch D&K drost

- consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 71240000
Ergänzende Gegenstände: 71315000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen für die Technische Ausrüstung auf ca. 200.000,- Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.
Geschätzter Wert ohne MwSt: 200.000,- Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja
Sanierung „Gelbes Haus“
– Leistungsphase 2 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI;
– Leistungsphasen 3 bis 8 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
– Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- Abriss „blaues Haus“
– Besondere Leistungen des Abrisses der Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- Sanierung „Rotes Haus, „Oranges Haus“ und „Oberstufenhaus“
– Leistungsphasen 2 bis 8 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
– Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 37 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der Bewerber/in insofern seine bzw. ihre Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.)

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja
Der jeweilige Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- vollständig ausgefüllter Bewerberbogen, anzuordern bei der genannten Kontaktstelle.
- Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie).
- Anlage 1B: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck).
- Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck).
- Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz (Vordruck).
- Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck).
- Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck).
- Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck).
- Anlage 1H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck).
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) und die schriftliche Erklärung der Bereitschaft einer etwaigen Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1.
- Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie).
- Anlage 3B: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen gem. § 55 HOAI (siehe III.2.3) mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben), nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen sind bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge zu kennzeichnen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail-Adresse vergabestellesbh@sbbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigelegten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte

Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden; jeweils 2-fach maximiert).

(B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2012, 2013, 2014). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 200.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen – Ingenieur/in für die Leistung Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (HLS, Anlagengruppen 1-3) oder (ELT, Anlagengruppen 4+5).

(B) Nachweis der erbrachten Leistungen für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI: Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild, Leistungsphasen und Anlagengruppen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 400 gem. DIN 276), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen. Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine

Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

(C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2012, 2013, 2014). Im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (HLS, Anlagegruppen 1-3) sind mind. 2 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen. Im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (ELT, Anlagegruppen 4+5) sind mind. 2 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 VOF. Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 55 HOAI (HLS und ELT) gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand von zwei Referenzen für den Leistungsbereich der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), Qualität (0-1 Punkt) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung des Auftraggebers (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 16 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Der dabei verwendete Auswahlbogen mit den

formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	20 %
2. Qualität	25 %
3. Umwelteigenschaften	10 %
4. Kundendienst	10 %
5. Ausführungszeitraum	5 %
6. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH VOF 009/2015

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 17. Juli 2015, 14.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

20. Juli 2015, 14.00 Uhr.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung 32. Kalenderwoche 2015; Einreichung der Honorarangebote 35. Kalenderwoche 2015; Verhandlungsgespräche 38. Kalenderwoche 2015.
Die zu schließenden Verträge unterliegen dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsansprüchen nach dem HmbTG sein.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland, Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)**
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:**
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung U 1, An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
18. Juni 2015
Hamburg, den 18. Juni 2015
Die Finanzbehörde

518

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A

DESY-Ausschreibungsnummer: C2045-15

- a) **Auftraggeber:**
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009
- b) **Vergabeverfahren:**
Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOB/A.
- c) **Elektronische Auftragsvergabe:**
Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.
- d) **Art des Auftrags:** Einheitspreisvertrag
- e) **Ort der Ausführung:**
Betriebsgelände Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg.
- f) **Art und Umfang der Leistung:**
Neubau eines Zentrums für nationale und internationale Kooperationspartner mit Büroräumen, Laborflächen und Neben- und Technikräumen für unterschiedliche Institute.
Umfang/ Beschreibung der Leistungen:
– ca. 250 m² Verbundabdichtung
– ca. 550 m² Bodenfliesen
– ca. 360 m² Wandfliesen
– ca. 17 Stück Kristallspiegel
- g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** Entfällt
- h) **Losweise Vergabe:**
Eine losweise Vergabe ist nicht vorgesehen.
- i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**
Beginn der Ausführung: Oktober 2015
Ende der Ausführung: März 2016
Zwischentermine gemäß Bauzeitenplan.

1076

Dienstag, den 30. Juni 2015

Amtl. Anz. Nr. 50

j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2045-15:Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg,
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.del) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** Entfälltm) **Bei Teilnahmeantrag:**

Anträge auf Teilnahme/Angabesunterlagen können bis zum 23. Juli 2015 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 24. Juli 2015 versendet.

n) **Frist für den Eingang der Angebote:**

Bis Mittwoch, den 29. Juli 2015 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

o) **Anschrift:**

Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung

DESY C2045-15**Angebotstermin: 29. Juli 2015,****Uhrzeit: 10.00 Uhr**

per Briefpost/Boten zu richten an:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY**Briefpost: Notkestraße 85, 22603 Hamburg**

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

p) **Sprache:**

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) **Eröffnung:**

Am Mittwoch, dem 29. Juli 2015 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein. Die jeweils erforderliche Vollmacht ist zum Termin mitzubringen.

r) **Geforderte Sicherheiten:**

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

s) **Zahlungsbedingungen:**

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**

Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:****Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen:** Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Bausektor vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v.H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.**Eignungsnachweise:** Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuchs Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,- Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern. Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.v) **Zuschlagsfrist:** 28. August 2015w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, kaufmännisches Mitglied des Direktoriums.

Hamburg, den 18. Juni 2015

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

519

Gläubigeraufruf**Der Verein Fachverband Hamburger Hartwarenhandel e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 3948) ist durch Beschluss der zweiten außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 19. Januar 2015 aufgelöst worden. Zum Liquidator wurde Herr Wolfgang Linnekogel bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche beim Verein Fachverband Hamburger Hartwarenhandel e.V., c/o Herr Rechtsanwalt Wolfgang Linnekogel, Bei dem Neuen Krahn 2, 20457 Hamburg, anzumelden.

Hamburg, den 15. Mai 2015

Der Liquidator

520